

**Freie Hansestadt
Bremen
Ortsamt Horn-Lehe**

PROTOKOLL
der öffentlichen Beiratssitzung

DATUM	BEGINN	ENDE	SITZUNGSORT
07.10.2015	19.15 Uhr	22.35 Uhr	Aula der Wilhelm-Focke-Oberschule, Bergiusstraße 125

TEILNEHMER

ORTSAMT: I. Köstner, Vorsitzende
M. Gagelmann, Protokollführerin

BEIRAT: siehe anliegende Liste

Gäste: Frau Senatorin Stahmann (Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport)
Frau Dr. Rose (Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport)
Herr Feldmann (Revierleiter Polizeirevier Horn)
Herr Möller (Leiter Polizeiinspektion Ost)
Frau Manduz, Herr Spöttel (LeiterInnen von Einrichtungen zur Flüchtlingsunterbringung)

TAGESORDNUNG:

1. Begrüßung und Beschluss der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 17.09.2015
3. Wünsche, Fragen und Anregungen aus der Bevölkerung
4. Bericht zur Flüchtlingsunterbringung im Stadtteil
 - 4.1 Unterbringung (Ist-Zustand, kurz- und mittelfristige Pläne, Notfallmaßnahmen)
 - 4.2 Betreuungsschlüssel
 - 4.3 Versorgung
 - 4.4 Sicherheitslage in und um die Einrichtungen
 - 4.5 Ehrenamt
 - 4.6 Verschiedenes
5. Mitteilungen des Orsamtes
6. Verschiedenes

Zu TOP 1: Begrüßung und Beschluss der Tagesordnung

Frau Köstner begrüßt die Beiratsmitglieder, die Behördenvertreter und die Bewohnerinnen und Bewohner aus dem Stadtteil.

Frau Köstner teilt mit, dass nach Fertigstellung der Einladung zur heutigen Beiratssitzung im Ortsamt fristgerecht mehrere Anträge aus dem Beirat eingingen. Deshalb schlägt sie vor, die Tagesordnung um diesen Punkt als neuen TOP 5 zu ergänzen.

Beschluss: Die Tagesordnung wird mit dieser Änderung genehmigt. **(Einstimmig)**

Zu TOP 2: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 17.09.2015

Beschluss: Das Protokoll wird ohne Änderungswünsche oder Ergänzungen genehmigt. **(Einstimmig)**

Zu TOP 3: Wünsche, Fragen und Anregungen aus der Bevölkerung

Neues Klettergerüst für die Marie-Curie-Grundschule

Der Vorsitzende des Schulvereins der Marie-Curie-Grundschule berichtet, in den Sommerferien sei das Klettergerüst der Schule plötzlich verschwunden. Jetzt hätten die Kinder keine Möglichkeit mehr zum Klettern, was sehr bedauert werde. Der Schulverein möchte gerne ein neues Klettergerüst anschaffen und sei nun auf der Suche nach Spendern und Sponsoren. Er bittet den Beirat um einen Zuschuss aus seinen Globalmitteln. Ein schriftlicher Antrag gehe dem Ortsamt demnächst zu. Ein neues Klettergerüst würde ca. 10.000 € kosten.

Frau Köstner teilt mit, in der nächsten Sitzung des Beirates am 19. November 2015 sollen über die restlichen Globalmittel für 2015 beraten werden.

Einbrüche in Horn-Lehe

Ein Anwohner teilt mit, in den letzten Wochen sei es vermehrt zu Einbrüchen in der Ronzelenstraße und Nebenstraßen gekommen. Er fragt nach, ob der Polizei diese Häufung von Wohnungseinbrüchen bekannt sei.

Herr Feldmann berichtet, erfahrungsgemäß gehe die Zahl der Einbrüche in der dunklen Jahreszeit etwas in die Höhe. Zur jetzigen Zeit gab es im gesamten Bremer-Osten eine ähnliche Anzahl an Einbrüchen wie im Vorjahr. Von der Sondergruppe der Polizei gebe es enorme Anstrengungen, Einbrüche zu verhindern. So sei die Zahl der Tageswohnungseinbrüche um 50 Prozent gesunken. Er habe im letzten Jahr 25 Veranstaltungen zum Thema Schutz vor Einbrüchen und Haussicherung veranstaltet.

Herr Drechsel fragt nach, ob die DNA-Kampagne Erfolge erzielt habe.

Herr Feldmann teilt mit, 53 Haushalte hätten im letzten Jahr sich der DNA-Kampagne angeschlossen, dadurch kam es zu deutlich weniger Einbrüchen, da der Hinweis darauf abschrecke.

Zu TOP 4: Flüchtlingsunterbringung im Stadtteil

4.1 Unterbringung (Ist-Zustand, kurz- und mittelfristige Pläne, Notfallmaßnahmen)

Frau Senatorin Stahmann richtet ihren Dank an die Ortpolitiker in Horn-Lehe, weil hier viele Flüchtlinge aufgenommen wurden. Ihr Dank richtet sich auch an die zahlreichen ehrenamtlichen Helfer aus dem Stadtteil und an die Familie Kastin-Gebauer, die neben dem Hotel Horner Eiche nun auch ihr Hotel Deutsche Eiche für die Unterbringung von jugendlichen Flüchtlingen zur Verfügung gestellt haben.

Frau Stahmann berichtet, täglich kommen 100 Kriegsflüchtlinge nach Bremen, außerdem ca. 20 bis 30 unbegleitete Jugendliche. Diese Menschen fliehen aus ihren Heimatländern vor Krieg und Verfolgung. Es sei gut, dass es in Deutschland das Grundrecht auf Asyl gebe, deshalb nehme Deutschland durch den humanitären Akt der Bundeskanzlerin viele Menschen auf. Bremen müsse nach dem Königsteiner Schlüssel etwa ein Prozent der in Deutschland ankommenden Flüchtlinge aufnehmen. 90 Prozent der in Deutschland ankommenden Flüchtlinge kommen aus Syrien, viele auch aus Afghanistan. Sie erklärt, ihre Behörde sei stark bemüht, die Menschen in feste Häuser bzw. Wohnungen unterzubringen, allerdings werde der Wohnraum in Bremer immer knapper. Deshalb wurden bereits Hotels, das Seemannsheim, das Brekom-Gebäude in der Stolzenauer Straße und das ehemalige Bundeswehrhochhaus angemietet. Jetzt werde überlegt, gewerbliche, nicht genutzte Immobilien in Besitz zu nehmen. Im Jahr 2008 kamen insgesamt 250 Flüchtlinge nach Bremen, zurzeit kommen ca. 250 Menschen pro Tag nach Bremen. Aus diesem Grund müsse man jetzt auch zu unpopulären Maßnahmen greifen. Hierzu zähle auch das Nutzen von Sporthallen zur Unterbringung der Flüchtlinge. Diese Lösung sei zwar nicht optimal, aber es gibt im Moment keine Alternativen, insbesondere in der kalten Jahreszeit. Es gebe in der Zwischenzeit Lieferschwierigkeiten von Wohncontainer, Sanitärcontainer, Betten und Schränke bzw. Spinde. Die Flüchtlinge können aus diesem Grund in den Sporthallen lediglich auf Matratzen schlafen. Eine Privatsphäre gebe es dort ebenfalls nicht. Zurzeit werde geprüft, ob die Sporthalle an der Grazer Straße für die Unterbringung von Sporthallen geeignet ist.

Frau Stahmann betont nochmals, die Unterstützung der Beiräte und der Ortsämter sei sehr wichtig. Ebenso die enge Zusammenarbeit mit der Polizei, wenn Jugendliche auffällig würden.

Frau Köstner ergänzt, in Horn-Lehe gebe es momentan 800 Flüchtlinge in 4 Unterkünften. Das Ortsamt und der Beirat pflegen eine gute Zusammenarbeit mit den Einrichtungen. Sie fragt nach, wie Notfallmaßnahmen für die Sporthalle an der Grazer Straße aussehen.

Frau Dr. Rose teilt mit, die Zeltunterkunft am Fallturm müsse geleert werden, da sie nicht winterfest sei. An diesem Standort solle eine neue winterfeste Unterkunft in Holzrahmenbauweise errichtet werden. In der Zwischenzeit werden die Bewohner in Osterholz untergebracht. Die Flüchtlingszelte in der Otto-Hahn-Allee seien zwar wetterfest, aber nicht winterfest. Hierzu könne sie momentan nicht sagen, ob und wann diese umgebaut werden.

Im Hotel Horner Eiche wohnen bisher 100 jugendliche Flüchtlinge.

Im Hotel Deutsche Eiche sollen kurzfristig ebenfalls Jugendliche untergebracht werden.

In der Uni-Sporthalle an der Grazer Straße finde am kommenden Freitag eine Begehung mit Immobilien Bremen statt. Sie sichert eine enge Zusammenarbeit mit der Oberschule Ronzelenstraße zu, da diese die Sporthalle viel nutze.

Frau Kastin-Gebauer berichtet als Inhaberin der Hotels Horner Eiche und Deutsche Eiche über die Arbeit mit den unbegleiteten jugendlichen Flüchtlingen, die seit Anfang September dort wohnen. Sie habe sich zusammen mit ihrem Ehemann dazu entschlossen, den Hotelbetrieb beider Häuser aufzugeben und als Flüchtlingsunterkunft zur Verfügung zu stellen. Im Hotel Horner Eiche leben 100 Flüchtlinge, im Hotel Deutsche Eiche aktuell 49. Sie betont, es herrsche in beiden Häusern eine gute Atmosphäre. Beide Gebäude werden langfristig von den künftigen Trägern der Einrichtungen angemietet: die Horner Eiche von der Akademie Lothar Kannenberg, die Deutsche Eiche von der Trägergemeinschaft Alten Eichen.

Auf Nachfrage von Herrn Gülke teilt Frau Kastin-Gebauer mit, im Hotel Deutsche Eiche gebe es ab sofort keine Räume zum Anmieten für Veranstaltungen.

Auf Nachfrage von Herrn Drechsel teilt Frau Kastin-Gebauer mit, alle Auszubildenden und weiteres Personal seien in anderen Hotelbetrieben, wie die Atlantic-Gruppe, untergekommen.

Herr Quaß dankt Frau Senatorin Stahmann für Ihr Kommen zur heutigen Beiratssitzung und für ihre Ausführungen. Dies sei unbedingt erforderlich gewesen. Er betont, die „gut-bürgerlichen“ Stadtteile dürften nicht außen vor bleiben für die Unterbringung von Flüchtlingen und Horn-Lehe habe sich in der letzten Zeit sehr vorbildlich gezeigt. Bisher seien in Horn-Lehe 800 Flüchtlinge untergebracht worden.

Er zeigt allerdings Verwunderung über die Aussage von Frau Stahmann, dass 90 Prozent aller Flüchtlinge aus Syrien kommen. Laut der Statistik, die die Sozialbehörde in der letzten Woche verteilt habe, kommt die Hälfte der Flüchtlinge aus den Balkanländern. Er kritisiert weiter die Haltung des Senats, abgelehnte Asylbewerber nicht in ihre Heimatländer zurückzuschicken. Er halte in Bremen eine restriktive Flüchtlingspolitik für angebracht.

In der Bremer Landesverfassung heißt es: Eigentum verpflichtet. Er kritisiert, dass sich der Senat erst jetzt, wie jüngst beschlossen, auf leer stehende private Immobilien konzentriere. Er schlägt vor, auch Gebäude wie die "umgedrehte Kommode" oder die Messehalle 7 für die Unterbringung von Flüchtlingen zu nutzen und nicht die Sporthallen, da die Schulen und Sportvereine schon jetzt am Rande ihrer Kapazitäten angekommen seien. Diese Eingriffe haben soziale Folgen wie Unterrichtsausfall, Kündigungen in den Sportvereinen usw. Die intakte Sozialstruktur in Horn-Lehe dürfe nicht zerstört werden.

Herr Koopmann (Schulleiter der Oberschule Ronzelenstraße) zeigt sich überrascht von der Mitteilung der Senatorin, dass die Begehung der Turnhalle an der Grazer Straße erst am kommenden Freitag stattfinde. Seiner Schule wurde jetzt schon mitgeteilt, dass in dieser Turnhalle kein Sport mehr stattfinden könne. Ihm wurde für den Sportunterricht auch keine alternative Halle genannt. Offensichtlich laufe die Kommunikation im entsprechenden Krisenstab der Behörde nicht optimal.

Frau Stahmann entgegnet, ihr tue es als Sportsenatorin sehr leid, dass sie auf Sporthallen und Schulen zurückgreifen muss. Sie betont, Ende dieses Jahres werde es in Bremen 30 Übergangwohnheime geben; früher waren es 3. Sie würde die Flüchtlinge lieber in Wohnungen unterbringen, Großunterkünfte wie Turnhallen oder Zelte halte sie für nicht gut. Aber es gebe keine Alternativen, die Menschen müssten vor einer Obdachlosigkeit geschützt werden. Mitte November werde sich der Senat umfangreich damit beschäftigen, wie die Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt, in Schulen und Kindergärten integriert werden können. Sie sichert Herrn Koopmann zu, sich gleich morgen um Alternativen zu kümmern und sich mit ihm in Verbindung zu setzen.

Herr Koopmann sieht den Abiturjahrgang der sportbetonten Oberschule als gefährdet, wenn ihm die Sporthalle an der Grazer Straße oder eine gleichwertige Alternative nicht zur Verfügung stehe.

Herr Jeschke (Vorsitzender des TV Eiche-Horn) ergänzt, sein Verein biete diverse Integrationsprojekte für Flüchtlinge an, hierfür werden die Hallen ebenfalls benötigt. Den Vereinen werden somit die Lebensgrundlagen entzogen. Der TV Eiche-Horn nutze die Sporthalle an der Grazer Straße an 100 Stunden pro Monat. Er hält es für sehr problematisch, dies zu kompensieren. 30 Hallenstunden habe sein Verein bereits an Schulen abgegeben.

Er erinnert daran, dass schon 2011 der damalige Sportsenator Mäurer darauf hingewiesen wurde, dass eine Mehrfachsporthalle gebaut werden müsste.

Frau Stahmann sichert zu, sich morgen telefonisch auch mit ihm in Verbindung zu setzen.

Herr Meier, Schulleitersprecher der Oberschule Ronzelenstraße beklagt, er habe die Sozialbehörde angeschrieben und um Informationen zur Sporthalle Grazer Straße gebeten. Leider hat er keine Antworten erhalten.

Herr Drechsel hält die Zweckentfremdungen von Sporthallen für nicht zielführend, da der Sport auch eine wichtige Möglichkeit und Maßnahme zur Integration darstellt. Diese Chance wird durch die Zweckentfremdung vertan. Er schlägt vor, vielmehr als bisher Jugendherbergen, Schullandheime aber auch Gemeindehäuser und dergleichen für die Unterbringung von Flüchtlingen zu nutzen.

Herr Leidreiter kritisiert, dass die Flüchtlingskinder nicht ausreichend auf die Kindergärten und Schulen vorbereitet werden.

Frau Stahmann entgegnet, es gebe Vorkurse für Flüchtlingskinder zum Erlernen der deutschen Sprache.

Bezüglich weiterer Unterbringungsmöglichkeiten teilt sie mit, Kirchengemeinden hätten bereits Gemeindehäuser angeboten. Diese könnten ohne große Umbaumaßnahmen genutzt werden, da hier die Infrastruktur schon vorhanden sei. Die Malteser haben mitgeteilt, Einrichtungen für Frauen zu schaffen. Schullandheime sollen ebenfalls über die Wintermonate genutzt werden, auch die Niedersachsen.

Frau Dr. Rose ergänzt, 40 neue Vorkurse sollen für ein Jahr geschaffen werden. Es sei allerdings schwierig, Lehrkräfte zu bekommen.

Auf Nachfrage von Herrn Drechsel bestätigte Frau Dr. Rose dem Beirat, dass alle zur Flüchtlingsunterbringung genutzten Turnhallen unmittelbar nach Beendigung der Nutzung wieder vollständig für den Sportunterricht wiederhergestellt werden. Die Böden werden durch Holzböden geschützt.

Auf Nachfrage von Herrn Drechsel teilte Frau Dr. Rose mit, dass in der Behörde keine vorrauschauende Unterbringungsplanung existiert, sondern man könne sich momentan nur tagesaktuell den Herausforderungen stellen und versuchen Abhilfe zu schaffen.

Herr Leidreiter jun. (Bürgerschaftsabgeordneter) teilt mit, Bremen müsste nach dem Königsteiner Schlüssel 1 Prozent der in Deutschland ankommenden Flüchtlinge aufnehmen. Für die unbegleiteten jugendlichen Flüchtlinge gebe es keine Begrenzung. Er beklagt, dass Bremen keine Kontrollen mache bezüglich der Zahlen, so dass Bremen inzwischen mehr Flüchtlinge aufgenommen habe als der gesamte Osten Deutschlands.

Herr Eichner fragt nach, wie lange die Turnhallen umgenutzt werden sollen. Außerdem bittet er um Auskunft darüber, wer die Kosten für die Wiederherstellung der Turnhallen übernehme. Er betont, es gebe eine Schulpflicht, die Schüler hätten aber auch ein Recht auf Schule. Er sieht die Abiturprüfungen in Gefahr, wenn kein Sportunterricht mehr stattfinden könne. Weiter stellt er die Frage, wie die Notfallpläne für die Zeltunterkünfte seien.

Frau Dr. Rose erklärt, für die Zeltunterkünfte gebe es Evakuierungspläne in Turnhallen. Wenn diese voll seien, müssten auch Schulen genutzt werden.

Herr Meß (Schulelternsprecher Gymnasium Horn) hält es für sehr belastend, dass der Preis für diese Notlage nun von den Kindern und Schülern bezahlt werden muss. Das Abitur sei an Auflagen gebunden.

Herr Mazur betont, die Zahl der Flüchtlinge nach Deutschland wurde immer dramatischer und die Situation verändere sich von Tag zu Tag. Beim letzten Gespräch am Mittwoch war die Sporthalle Grazer Straße nur für Ausnahmefälle zur Unterbringung von Flüchtlingen vorgesehen. Nun ist diese besondere Situation eingetreten und er plädiert dafür, enger zusammenzurücken, obwohl die Umnutzung von Turnhallen eine besondere sensible Situation sei. Das Flüchtlingsproblem sei nun die Quittung für eine verfehlte Außenpolitik, Wirtschaftspolitik usw. Er fragt nach, ob Bremen zu viele Flüchtlinge aufgenommen habe und ob in Horn-Lehe weitere Gebäude für die Aufnahme von Flüchtlingen vorgesehen sind.

Frau Stahmann entgegnet, Bremen nehme zurzeit keine Flüchtlinge mehr aus dem Sonderkontingent auf. Die Zuwanderung von unbegleiteten Jugendlichen könne man aber nicht steuern. Sie teilt mit, ab dem 01.01.2016 können auch die jugendlichen Flüchtlinge umverteilt werden. Weitere Gebäude zur Unterbringung von Flüchtlingen in Horn-Lehe seien nicht geplant.

Herr Schierloh teilt mit, die Gewoba stelle Wohnraum für die Flüchtlinge zur Verfügung. Da diese aber nicht ausreichen, müsse ein Wohnungsbauförderplan erstellt werden. Auch müsse über die Bebauung der Osterholzer Feldmark, des Hollerlands usw. nachgedacht werden.

Frau Stahmann erklärt, das Bauressort identifiziere zurzeit Grundstücke, auf denen gebaut werden kann.

Herr Koppel betont, das Flüchtlingsproblem könne nur gemeinsam bewältigt werden. Jeder müsse etwas abgeben und etwas tun. Es solle allerdings nicht wenn möglich in die Sozialstruktur eingegriffen werden.

Herr Koopmann erklärt, an seiner Schule gebe es bereits eine Vorklasse für Flüchtlingskinder. Viele seien traumatisiert, hierauf müssten die Schulen und die Lehrer sensibilisiert werden. Er fragt nach, ob es richtig sei, dass die Oberschule Ronzelenstraße bei einer Evakuierung genutzt werden soll.

Frau Dr. Rose teilt mit, der Evakuierungsplan beinhalte auch Turnhallen.

Herr Gülke fragt nach, ob alle Flüchtlinge in Bremen aus Krisengebieten kommen. Laut der Auflistung der Sozialbehörde kommen 25 Prozent der Flüchtlinge aus Albanien. Dies gelte als sicheres Herkunftsland. Es müsse auch an die Bewohner hier gedacht werden. Er hält die Informationen der Sozialbehörde für zu kurzweilig.

Frau Hanke schlägt vor, dass die Sozial- und die Bildungssenatorin in die betroffenen Schulen gehen und den Schülern sagen sollen, was Sache ist. Dies könne nicht immer nur auf die Eltern übertragen werden. Sie betont, Horn-Lehe haben bisher alle Flüchtlinge ohne Wenn und Aber aufgenommen. Die Flüchtlinge bräuchten eine Beschäftigung, sie müssen sich auspowern, deshalb sind Sportstätten so wichtig. Sie fragt Herrn Feldmann, ob das Polizeirevier Horn, welches auch für die Stadtteile Borgfeld und Oberneuland zuständig ist, diese zusätzliche Aufgabe überhaupt noch bewältigen könne.

Frau Manduz betont, man müsse die Menschen in den Flüchtlingen sehen. Viele hätten Schlimmes in den Heimatländern und auf der Flucht erlebt. Es finde in den Unterkünften an 7 Tagen pro Woche Deutschunterricht statt. Außerdem werden Praktikumsplätze gesucht.

Frau Stahmann ergänzt, Refugio biete Fortbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte an. Man wisse nicht, wie es in der Zukunft weitergeht. Eine Integration der Flüchtlinge sei schon am ersten Tag wichtig. Sie bedankt sich für die Diskussion und sichert zu, gerne wieder in den Beirat Horn-Lehe zu kommen.

4.2 Betreuungsschlüssel

Frau Köstner bittet um Information über den Betreuungsschlüssel in den Flüchtlingsunterkünften der Unter-18-Jährigen und der Über-18-Jährigen und Familien.

Frau Dr. Rose teilt mit, bei Jugendlichen liege der Betreuungsschlüssel bei 1:6 (1 Betreuungskraft für 6-7 jugendliche Flüchtlinge). Für Erwachsene und Familien sei kein genauer Betreuungsschlüssel festgelegt. In der Praxis seien bei 530 Personen 12 Betreuer und 4 Hausmeister anwesend. 40 ehrenamtliche Helfer gebe es, 30 arbeiten in der Kleiderkammer. Das funktioniere sehr gut, da es viele Freiwillige gebe.

4.3 Versorgung

Frau Köstner fragt nach, ob es Probleme mit der Versorgung der Flüchtlinge gebe.

Frau Dr. Eckardt berichtet, man habe in der Zeitung lesen können, dass die Bewohner unzufrieden mit dem gelieferten Essen seien. Sie fragt nach, ob die Flüchtlinge selber zur Essenszubereitung beitragen würden.

Frau Dr. Rose teilt mit, das Essen werde den Flüchtlingen serviert. Kleinigkeiten könnten selber zubereitet werden, allerdings sei dies in den Zeltunterkünften aus Platzmangel schwierig. Sie sieht das Problem nicht am Essen, eher seien die vollen Zelte das Problem. Hier komme es gelegentlich zu einem Lagerkoller.

Herr Koppel ergänzt, in der ION-Berckstraße würden die Bewohner selber kochen. Dies sei eine gute Beschäftigung, die jungen Menschen hätten Eigenverantwortung.

4.4 Sicherheitslage in und um die Einrichtungen

Frau Köstner fragt Herrn Feldmann, ob das Personal des Polizeireviere Horn aufgestockt wurde durch die vielen Flüchtlingsunterkünfte in Horn-Lehe, Borgfeld und Oberneuland.

Herr Feldmann teilt mit, in seinem Bezirk gebe es 1000 Erwachsene und 430 Jugendliche Flüchtlinge. Er schaffe es mit seinem Personal, aber es sei schwierig. Die Polizei müsse Kontakt zu den Betreuern und Bewohnern der Unterkünfte halten und klarstellen, dass die deutsche Polizei eine andere sei als die in den Herkunftsländern. Der Rechtsstaat müsse erklärt werden und die Flüchtlinge müssen wissen, dass es hier Konsequenzen und Bestrafungen bei Straftaten gebe. Auch müssten die Verkehrsregeln erklärt werden. Eine Maßnahme war beispielsweise das Zeigen der JVA in Oslebshausen. Einige Standorte seien auffälliger, andere gar nicht. In der Zeltunterkunft am Fallturm z. B. kam es schon öfter zu massiven Einsätzen. In der ION-Berckstraße gab es anfangs einige Probleme, jetzt läuft es dort sehr gut. Er könne aber abschließend nicht beurteilen, ob die Kriminalität in Horn durch die Flüchtlinge größer geworden ist. Es gebe immer wieder Schwankungen. Er problematisiert die kleine Anzahl an Sicherheitskräften in den Unterkünften. In Borgfeld gebe es z. B. nur 2 Sicherheitskräfte für 200 Bewohner. Eine Aufstockung des Personals habe es durch die Mehrarbeit nicht gegeben. Er habe immer noch eine Fehlstelle in Oberneuland, bei der gesamten Schutzpolizei in Bremen gebe es Fehlstellen.

Herr Möller stellt sich kurz vor als neuer Leiter der Polizeiinspektion Ost.

Herr Quaß fragt Herrn Feldmann, ob es immer noch so sei, dass die Flüchtlinge nicht in den einzelnen Unterkünften gemeldet seien und dass man so keine Informationen über den Aufenthaltsort einzelner Flüchtlinge erhalten könne.

Herr Feldmann teilt mit, in den festen Unterkünften müssen die Flüchtlinge angemeldet werden. Aus den Zeltunterkünften gebe es nur Meldelisten. Im Falle einer Evakuierung könne man so aber nie nachvollziehen, ob alle Personen gerettet wurden oder wo sie sich aufhielten.

Frau Stahmann berichtet, auch die Security-Firmen seien an ihre Grenzen angekommen. Hier könne nicht jeder eingestellt werden.

Die Bundeswehr, das THW, die Johanniter würden bei der Registrierung der Flüchtlinge eingesetzt.

Eine Trennung von Herkunftsländern, Religionen o. ä. in den Flüchtlingsunterkünften soll es nicht geben. Das Zusammenleben müsse funktionieren.

4.5 Ehrenamt

Frau Köstner teilt mit, in Horn-Lehe gebe es eine sehr hohe Bereitschaft von Ehrenamtlichen. Die Flüchtlingsunterkünfte hätten zurzeit sogar ein Stopp von Ehrenamtlichen und Sachstanden gemeldet. Das Ortsamt habe einen E-Mail-Verteiler angelegt, um Ehrenamtliche zu informieren. Sie dankt Frau Stahmann für ihr Kommen und bittet darum, dass das Ortsamt und der Beirat Horn-Lehe frühzeitig mit neuen Informationen versorgt werden.

Zu TOP 5: Anträge aus dem Beirat

5.1 Anfrage der SPD zur Bebauung des Grundstücks Lilienthaler Heerstraße 171

Frau Bäuerlein erklärt kurz die Beweggründe der Anfrage der SPD.

"Die SPD-Fraktion im Beirat Horn-Lehe stellt hiermit die Anfrage an den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr zur möglichen Bebauung des Grundstückes Lilienthaler Heerstraße 171. Die SPD-Fraktion wünscht im Beirat bzw. im Bauausschuss eine persönliche Unterrichtung zum aktuellen Planungsstand und weiteren Vorgehen des Bauresorts, sowie eine Beantwortung folgender Fragen zum o.g. Thema:

1. Für wann wird die Änderung des Bebauungsplans 543 erwartet?
2. Haben bereits Bauträger ihre Teilnahme am Ausschreibungsverfahren angekündigt?
3. Welche Rahmenbedingungen sind für die Ausschreibung vorgesehen?
4. In welchem Umfang werden die Bürgerwünsche aus der Einwohnerversammlung vom 24.06.2015 berücksichtigt?"

Beschluss: Der Beirat beschließt einstimmig, die Anfrage an die senatorische Baubehörde zu richten.
--

5.2 Antrag der CDU zum Thema Flüchtlinge

Herr Gülke stellt den Antrag der CDU vor.

Herr Steglich bedauert, dass zu diesem Thema kein interfraktioneller Antrag aufgestellt wurde. Nach der heutigen Diskussion sei zum Thema Flüchtlinge alles gesagt, deshalb schlägt er vor, dass der Antrag zurückgezogen werde.

Herr Mazur problematisiert den Punkt 3 des Antrags. Nach der heutigen Diskussion müsse dieser seiner Meinung nach gestrichen werden oder anders formuliert werden.

Herr Gülke teilt mit, der Antrag werde nicht zurückgezogen, er schlägt aber eine abschnittsweise Abstimmung des Antrags vor.

Herr Eichner problematisiert, der Punkt 4 des Antrags habe zu wenig Stadtteilbezug, er betreffe eher die Bundespolitik.

Herr Quaß äußert Unverständnis darüber, dass der Antrag zurückgezogen werden soll. Der Beirat müsse sich zu dem heute gehörten positionieren. Alle haben heute gehört, was für Probleme die Schulen und Sportvereine hätten. Eine Sporthalle nach der anderen werde angegangen. Die Kommunen leiden unter den Belastungen.

Herr Drechsel hält den Punkt 3 des Antrags zu ultimativ. Die Punkte 1 und 2 seien so in Ordnung. Außerdem müsste in den Antrag aufgenommen werden, dass die Turnhallen nach der Nutzung für Flüchtlinge wieder hergerichtet bzw. zurückgebaut werden. Er hält einen interfraktionellen Antrag auch für gut.

Frau Köstner erklärt, wenn eine neue Formulierung in den Antrag aufgenommen werden soll, müsse die CDU auch zustimmen.

Herr Koppel hält den Punkt 2 für zu allgemein. Außerdem fehlen hier die Alternativen.

Frau Bäuerlein spricht sich auch für einen interfraktionellen Antrag aus. Allerdings habe der Punkt 4 im Antrag nichts zu suchen.

Frau Hanke betont, dem Beirat werde nicht die Wahrheit gesagt bezüglich weiterer Umnutzungen von Turnhallen für Flüchtlinge. Sie hält es für unmöglich, dass hier auf Bildungseinrichtungen zugegriffen werde.

Zum Punkt 2 habe Staatsrat Frehe vor 2 Jahren zugesagt, dass sog. Kampahäuser gebaut werden sollen. Es ist aber nichts geschehen.

Herr Gülke schlägt vor, im Antrag im Punkt 3 das Wort "endgültig" zu streichen.

Herr Quaß beklagt, die Formulierung sei zu weich, die Praxis sehe anders aus. Die Sozialbehörde reagiere von einem Tag auf den anderen, eine frühzeitige Beteiligung der Beiräte finde nicht mehr statt.

Frau Stuck erklärt sich zu Punkt 3 des Antrages für Befangen und wird hier nicht mit abstimmen.

Nach kontroverser Diskussion werden die einzelnen Abschnitte des Antrags abgestimmt:

Beschluss:

1. Der Beirat bekennt sich zu seiner politisch-moralischen Verantwortung, dass auch im Stadtteil Horn-Lehe weiterhin für in Not geratene Flüchtlinge in ausreichendem Maße sichere Unterkünfte bereitgestellt werden. **(einstimmig)**
2. Der Beirat stellt fest, dass die Situation bei der Weitervermittlung von Flüchtlingen in feste Wohnunterkünfte sowie hinsichtlich der zur Verfügung stehenden Kapazitäten an Betreuungs- und Beschulungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche angesichts der aktuellen Flüchtlingsströme äußerst angespannt ist und erwartet von den senatorischen Behörden entsprechende Lösungsvorschläge. **(einstimmig bei 2 Enthaltungen)**
3. Der Beirat fordert die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport auf, auf eine mögliche Belegung von Turn- und Sporthallen in Horn-Lehe als Flüchtlingsunterkünfte zu verzichten, weil die zur Verfügung stehenden Hallenkapazitäten bereits heute nachweislich komplett ausgeschöpft sind und kaum noch ausreichen. Insbesondere erwartet der Beirat, dass die benötigten Hallenkapazitäten zur Vorbereitung und Ableistung des Abiturs bereitgestellt werden. **(mehrheitlich bei 12 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen)**
4. Der Beirat Horn-Lehe begrüßt die auf dem Asylgipfel am 24.09.2015 zwischen Bund und Ländern erzielten Ergebnisse vom Grundsatz her und fordert den Senat auf, diesen im Interesse des Landes Bremen und seiner Stadtteile im Bundesrat zuzustimmen. **(mehrheitlich bei 6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen)**

5.3 Antrag von Bündnis90/Die Grünen zur Verkehrssituation Einmündung Haferwende / Jan-Reiners-Weg

Herr Koppel erklärt kurz den Antrag.

Beschluss:

1. An der Einmündung des Radweges aus der Haferwende auf den Jan-Reiners-Weg die Vegetation zur besseren Sichtbeziehung zu entfernen und dauerhaft dafür Sorge zu tragen, dass die Einmündung ständig einsehbar ist.
2. Eine Vorfahrtsregelung auszuschildern, die den in den Jan-Reiners-Weg einbiegenden Radfahrern die Vorfahrt verwehrt.

Begründung:

In den letzten Wochen ist es an der Einmündung zu einem Zusammenstoß zweier Radfahrer gekommen, bei der ein Radfahrer schwer verletzt wurde.

Der Jan-Reiners-Weg ist eine stark frequentierte Radroute, über die auch längere Strecken – auch als Arbeitsweg – zurückgelegt werden. Viele der Radfahrer nutzen aus diesem Grunde höhere Geschwindigkeiten. An der Einmündung aus dem Gewerbegebiet Haferwende ist diese Geschwindigkeit der von links kommenden Radfahrer auf Grund des Gefälles von der Autobahnbrücke noch höher. Die Einmündung ist zudem wegen der starken Vegetation nur schwer erkennbar. **(einstimmig angenommen)**

5.4 Antrag von Bündnis 90/Die Grünen **Altes Ortsamt an der Berckstraße 10**

Herr Mazur erklärt den Antrag.

Der Beirat Horn-Lehe fordert den Senat auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Verkaufsverhandlungen für das Grundstück des alten Ortsamtes an der Berckstr.10 sofort eingestellt werden.

Begründung:

1. Wie auf der Einwohnerversammlung zum Wohnprojekt an der Riekestraße deutlich wurde, werden auch langfristig alle aktuell verfügbaren Kita-Plätze dringend gebraucht. Ein Verzicht auf die Plätze an der Berckstraße für eine mögliche jahrelange Bau-Übergangszeit wird deshalb abgelehnt.
2. Die bislang vorgenommenen Investitionen in die Kita Berckstr. rechtfertigen den Erhalt dieser sehr gut von der Bevölkerung angenommenen Einrichtung.
3. Ein Ende des Zugangs von Flüchtlingen ist nicht abzusehen, und der damit verbundene Bedarf an festen Unterbringungsmöglichkeiten wird auch in der Zukunft anhalten. Die Einrichtung an der Berckstraße hat sich für die Unterbringung von unbegleiteten Jugendlichen auf einer städtischen Fläche bewährt. Bremen muss alles daran setzen, winterfeste Unterbringungsmöglichkeiten außerhalb von Turnhallen zu erhalten und zu schaffen.

Herr Gülke teilt mit, die CDU werde den Antrag ablehnen. Die bauliche Situation des Gebäudes sei unzureichend. Ein Weiterbetrieb sei nicht möglich.

Frau Hanke berichtet von der Sitzung des Runden Tisches Kinder. Jetzt fehlen schon viele Kitaplätze in Bremen. Das Gebäude sei abgängig und ein Investor solle hier eine neue Kita errichten.

Beschluss: Nach Beratung wird der Antrag mit 6 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Zu TOP 6: Mitteilungen des Ortsamtes

Termine

- 12.10.2015, Fachausschuss Bildung und Kinder, 18 Uhr in der Diele des Ortsamtes
- 15.10.2015, Fachausschuss Soziales, Kultur und Sport, 18 Uhr in der Diele des Ortsamtes

Eingeschränkte Öffnungszeiten des Ortsamtes während der Herbstferien vom 19.10. bis 30.10.2015

Zu TOP 7: Verschiedenes

Hierzu gibt es keine Wortmeldungen.

Inga Köstner
- Vorsitzende -

Stefan Quaß
- Beiratssprecher -

Maren Gagelmann
- Protokollführerin -